



## **Stellungnahme des Senats der Pädagogischen Hochschule Freiburg Senat solidarisiert sich mit den Studierenden**

Nach den Bildungsprotesten im Juni dieses Jahres breitet sich im Rahmen des Bildungsstreiks seit mehreren Wochen wieder eine Welle des studentischen Protests über Deutschland, Österreich und die Schweiz aus. In seiner Sitzung vom 25.11.09 hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Freiburg den Beschluss gefasst, an die Öffentlichkeit zu treten, um deutlich zu machen, dass auch aus Sicht der Pädagogischen Hochschule Freiburg Verbesserungen dringend notwendig sind.

Kern der Missstände sind die seit Jahrzehnten zu verzeichnende chronische Unterfinanzierung der Hochschulen - eine grundlegende Veränderung in der Prioritätensetzung durch die Landesregierung wäre dringend geboten - sowie die problematische Umsetzung der Bolognaform (KMK-Vorgaben, Akkreditierung, Verschulung, Studierbarkeit, mangelnde Mobilität etc.).

Trotz des Solidarpakts II, der den Hochschulen bis 2014 finanzielle Planungssicherheit gewährleisten sollte, verfügen die Hochschulen aus zwei Gründen über immer weniger Geld:

- a) durch die Geschwisterregelung bei den Studiengebühren, durch die eine familienpolitische Maßnahme aus den Etats der Hochschulen finanziert wird – sie allein führt dazu, dass die PH Freiburg 2009 1,6 Mio. Euro weniger einnimmt;
- b) durch die vom Wissenschaftsministerium einbehaltene globale Minderausgabe, die uns weitere 670.000 Euro kostet.

Anders formuliert: Die PH Freiburg kann im laufenden Jahr für 4700 Studierende, 72 Professuren und 150 akademische und administrative Mitarbeiter 370.000 Euro Sachmittel und 1,7 Mio. Euro aus Studiengebühren ausgeben. Darüber hinaus gehende notwendige Ressourcen für Bücher, Zeitschriften sowie andere Medien, für die Nachwuchs- und Forschungsförderung, für Investitionen und Ausstattungen müssen durch Nicht-Besetzung freier Stellen beschafft werden.

Die deutlich verschlechterte finanzielle Situation führt im kommenden Jahr zur Streichung von 17 vollen Lehrdeputaten für akademische Mitarbeiter, von denen de facto 31 Personen betroffen sind; ca. 140 Lehrveranstaltungen weniger können angeboten werden.

Wenn die Ernennung Deutschlands zur Bildungsrepublik oder Baden-Württembergs zum Kinderland nicht zu einer Leerformel verkommen sollen, ist ein Umdenken in der Politik des Landes notwendig. Das Potential für gute Lehre ist an den Hochschulen vorhanden. Es müssen aber auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Freiburg, den 04.12.2009